

Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

Er scheint

täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage für den nächstfolgenden Tag.

Bezugspreis:

Durch Boten frei ins Haus geliefert vierteljährlich Mark 3.15, monatlich Mark 1.05. Durch die Post bezogen vierteljährlich Mark 3.15 ausschließlich Postgebühren. Einzelne Nummern 10 Pfennig.

zugleich

Oberlungwitzer Tageblatt
und
Gersdorfer Tageblatt

Anzeigenpreis:

Orts-Anzeigen die 6-gespaltene Korpuszeile 25 Pfennig, auswärtige 35 Pfennig, die Reklamezeile 75 Pfennig. Gebühr für Nachweis und Lagernde Briefe 20 Pfennig besonders.

Bei Wiederholungen tarifmäßiger Nachsch. Anzeigenaufgabe durch Fernsprecher schließt jedes Beschwerderecht aus. Bei zwangsweiser Eintreibung der Anzeigengebühren durch Klage oder im Konkursfalle gelangender volle Betrag unter Wegfall jeden Nachlasses in Anrechnung.

Sämtliche Anzeigen erscheinen ohne Aufschlag im „Oberlungwitzer Tageblatt“ und im „Gersdorfer Tageblatt“.

Tageblatt für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Hermsdorf, Rüdorf, Bernsdorf, Wüstenbrand, Mittelbach, Gröna, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Meinsdorf, Langenberg, Falken, Vangenschursdorf

Nr. 119.

Normzeitung Nr. 131

Sonntag, den 25. Mai 1919

Preis 10 Pfennig

46. Jahrgang

Die neuen Bezugsausweise für Zucker

werden im städtischen Lebensmittelamt, Altmarkt 30, in folgender Reihenfolge ausgegeben:
Montag, den 26. Mai. 8-9: 1-300, 9-10: 301-500, 10-11: 501-700, 11-12: 701-900, 12-1: 901-1100, 3-4: 1101-1300, 4-5: 1301-1600, 5-6: 1601-1800,
Dienstag, den 27. Mai. 8-9: 1801-2000, 9-10: 2001-2200, 10-11: 2201-2400, 11-12: 2401-2950, 12-1: 2951-3200, 3-4: 3201-3450, 4-5: 3451-3700, 5-6: 3701-4200,
Mittwoch, den 28. Mai. 8-9: 4201-4400, 9-10: 4401-4650, 10-11: 4651-4850, 11-12: 4851-5100, 12-1: 5101-5350, 1-2: 5351-5600, 2-3: 5601-5815.

Es wird ersucht, die vorgeschriebenen Zeiten wegen ordnungsgemäßer Abwicklung der Ausgabe genau einzuhalten.

Wichtig ist die Brotkarte und ein behördlicher Altersnachweis für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre. Die Karten sind nach Empfang sofort nachzuprüfen, da spätere Einwendungen nicht berücksichtigt werden, auch sind sie äußerst sorgfältig aufzubewahren, da verloren gegangene Karten nicht ersetzt werden können. Die Ausständigung der Zuckerkarten kann nur an Ermächtigte erfolgen.

Hohenstein-Ernstthal, am 25. Mai 1919. Das städt. Lebensmittelamt.
Die Haushaltungslisten zur Regelung der Abgabe von ausländischem Mehl und Vötel-Schweinefleisch werden den Haushaltungsvorständen bei der Ausgabe der Brotmarken am Sonntag abgehändigt. Selbstversorger, die Brotmarken nicht erhalten, haben die Haushaltungslisten im städtischen Lebensmittelamt am Sonntagabend abzugeben. Die Listen sind gewissenhaft auszufüllen bei der Abholung der Zuckerkarten (vergl. besondere Bekanntmachung) abzugeben. Im übrigen wird auf die Bekanntmachung des Wirtschaftsministeriums vom 9. Mai 1919, abgedruckt in der Nummer vom Sonntag, den 18. Mai 1919 des Hohenstein-Ernstthaler Tageblattes und einzusehen im städtischen Lebensmittelamt, hingewiesen.

Hohenstein-Ernstthal, am 23. Mai 1919. Das städtische Lebensmittelamt.
Herr Versicherungsamtsregistrator
Adolf Hermann Holzhafer
ist heute als dritter Stellvertreter des Standesbeamten für den zusammengelegten Standesamtsbezirk Hohenstein-Ernstthal in Pflicht genommen worden.
Stadtrat Hohenstein-Ernstthal, am 23. Mai 1919.

Margarine ab Sonntagabend nachmittags 4 Uhr. 1 Person 50 Gramm = 23 Pf. 5031-5582: Lässig, 3341-3648 und 5583-5815: Horn.
Versteigerung verschiedener Wirtschaftsgegenstände Montag, den 26. Mai 1919, vormittags 10 Uhr im hiesigen Bürgerheim.
Stadtrat Hohenstein-Ernstthal, am 24. Mai 1919.

Futtermittelverkauf

im Gänsestall des Altstädter Schützenhauses Montag 8-12 Uhr.

Frankreichs Treiben in der Pfalz.

In der Pfalz, wo es schon seit einiger Zeit zu offener Agitation für den Anschluss an Frankreich gekommen war, hat man nun endlich die pfälzische Republik ausgerufen. Damit wird dem hochverrätherlichen Treiben gewisser Kreise die Krone aufgesetzt. Ueber diese neueste Tat Frankreichs und einiger „Deutscher“ gingen uns folgende Nachrichten zu: Mittwoch und Donnerstag ist es in Landau zu ständischer Eingriffen des Generals Gerard, des Kommandeurs des 8. französischen Armeekorps, gekommen. Die Landauer Franzosinnen haben am Montag Flugblätter und Plakate drucken lassen, in denen zur Proklamierung der neutralen Republik Pfalz aufgefordert wurde. Die Verteilung hochverrätherlicher Flugblätter wurde von deutscher Seite verboten. Die bereits angeschlagenen Plakate wollte der Bürgermeister von Landau, Geheimrat Wabla, wieder entfernen lassen, was ihm aber von den Franzosen unterlag wurde. Mittwoch mittag ließ der Landauer Staatsanwalt die Führer der Bewegung verhaften, den Chemiker Dr. Haack, den Holzindustriellen Zschorn und den Kaufmann Koser. Wenige Stunden darauf wurden die Verhafteten durch die französische Militärbehörde wieder in Freiheit gesetzt. An ihrer Stelle wurden der Staatsanwalt, der Amtsrichter und der Gefängnisdirektor von Landau festgenommen. Die Akten der Staatsanwaltschaft wurden von den Franzosen beschlagnahmt. Donnerstag morgen 5 Uhr holten die französischen Militärbehörden den Bürgermeister Geheimrat Wabla aus seinem Hause und ließen ihn über den Rhein abführen.

Es ist nun ohne Zweifel festzustellen, daß die gesamte Bevölkerung nichts als eine französische Wache ist. Sie wird dadurch gewiß nicht unangenehm überrascht, daß französische Militär die Macht in der Hand, und soweit es keine Macht den Landauer zu Verfügung stellt, laßt nichts diese wenigen gemüthlosen Thugheute daran hindern, das ganze pfälzische Volk zu vergewaltigen.
Es sieht sehr, daß bereits die erste Zusammenkunft jener Landauer Verräter in Gegenwart eines französischen Offiziers hat gefunden hat.
Es erhebt sich nun die Frage, ob General Gerard auf eigene Faust oder auf höheren Befehl vorrückt, und ob dies alles nur Pfaffen und Wälden der französischen Regierung und mit Einwilligung von Lord George und Wilson geschieht. Bekanntlich hatte erst kürzlich General Kaudan in Spa erklärt, ihm seien die Treibe-reien in der Pfalz unbekannt. Wir können uns schwer vorstellen, daß diese Staatsmänner, während sie mit uns in formellen Friedensverhandlungen stehen, ein Stück deutsches Land, das im Vertrag gar nicht erwähnt ist, mit Gewalt von Deutschland losreißen wollen, wenn es auch einleuchtend ist, daß die Pfalz den Franzosen zur Abrüstung des innerdeutschen Verkehrs sehr willkommen sein dürfte.
Protest der bayrischen Regierung.
Im bayerischen Landtage machte am gestrigen Freitag der Ministerpräsident Hoffmann vor Eintritt in die Tagesordnung die Mitteilung, daß zwar aus der Pfalz ein Telegramm zugegangen sei, nach dem die französischen Militärbehörden den Staatsanwalt, den Amtsgerichts-direktor und den Gefängnisverwalter verhaftet haben, die bei der Eroberung des französischen Fremdenverkehrs letzten Sonntag in Speyer gehalten waren. Der Ministerpräsident schloß an die Verlesung des Telegramms, die mit Hörschütz und Bismarck begleitet war, folgende kurze Ansprache: Aus dem Telegramm ist zunächst ersichtlich, daß die Franzosen entgegen dem am Sonntag in Speyer ermittelten und kundlich ausgesprochenen Willen aller Vertreter der deutschen Bevölkerung ihre Verhaftungen auf Veranlassung der Pfalz vom Rhein fortsetzen und entgegen allen Völkern und Völkerrecht bayrische Militär und Beamte, die nur ihre antinationalen und vaterländischen Pflichten erfüllen, ins Gefängnis werfen. Aus dem Telegramm ist weiter ersichtlich, daß es, wie überall, auch in der Pfalz Kumpen gibt, die ihr Vaterland verraten und

verkauft haben. Gegen die Vergewaltigung der Pfalz und der Beamten der Regierung durch die Franzosen legen wir in Spa und hier öffentlich den schärfsten Protest ein. Der tapferen pfälzischen Bevölkerung und treuen Beamten sprechen wir unseren Dank, den Verrätern an ihrem Volk und Land unsere Verachtung aus. Der Landtagspräsident innerlich diese Worte des Ministerpräsidenten dadurch, daß der Landtag einstimmig die Ansicht des Ministerpräsidenten teilt.
Ein französischer Anschlag auf das Rheinland.
Einem besonders fein ausgedachten Plan haben die Franzosen sich für die Rheinprovinz zu rechtgelegt. Nach einem geheimen Bericht, der, wie die „V. N. N.“ melden, in unsere Hände geraten ist, beabsichtigen sie eine Republik Rheinland zu gründen. Zunächst sollte sie zwar in nicht bei Deutschland bleiben, damit sie auch auf das rechte Rheinufer übergreifen kann und damit preußische Teile vom Rhein sofort abschneiden würde, was über kurz oder lang die Republik in einen scharfen Gegensatz zu Preußen setzen würde. Dann würde natürlich Frankreich kommen, um diese Republik in seine liebenden Arme zu nehmen, so daß es schließlich doch nur eine Annexion Frankreichs sein würde.

Die Antwortnote über die Kriegsgefangenen.

Dem Grafen Broderick-Rothemann ist die Antwort Clemenceaus auf die Note vom 10. d. M. betreffend Kriegsgefangene zugegangen. Sie besagt, daß die Alliierten der Befreiung der Kriegs- und Zivilgefangenen, welche sich Verbrechen oder Vergehen haben zuschreiben lassen, nicht zustimmen können. Hinsichtlich dessen, was sich auf die Wiedergabe bezieht, welche die deutsche Regierung in dem Zustand der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten zwischen dem Zeitpunkt der Unterzeichnung des Friedens und ihrer Heimkehr eintreten zu lassen vorzuschlagen, wüßten die Alliierten nicht, welche Wiedergabe gewährt werden könnte, denn sie hätten sich bemüht, die Kriegsgefangenen zu befreien und den Anforderungen der Menschlichkeit Genüge zu leisten. Die Alliierten wüßten beabsichtigen die Kriegsgefangenen in der fraglichen Zeitpaune mit voller Verantwortlichkeit ihres Gefühlslebens und ihres Vermögens zu behandeln. Sie wären bereit, alles mögliche zu tun, um die deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten, gehörig versorgt und angemessen behandelt, nach Friedens-schluss heimzuführen, sie bedauern indessen, daß die zur Verfügung stehenden Verleumdungsgegenstände unzureichend seien, um die deutschen Kriegsgefangenen neu auszuliefern.
In dieser Antwortnote bemerkt die französische Seite:

Die alliierten und assoziierten Regierungen haben zur Begründung ihrer Ablehnung der Freilassung der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, die sich wegen anderer als disziplinärer Vergehen in Untersuchung- oder Strafhaft befinden, einen anscheinend besonders traffen Fall an, wo sich ein deutscher Kriegsgefangener nach der Gefangennahme eines Mordes gegen den Unternehmer, bei dem er arbeitete, und dessen Gehalt schuldig gemacht hat. Die alliierten und assoziierten Regierungen werden wohl selbst nicht behaupten wollen, daß unter den früher in deutscher Hand befindlichen, ihnen angehörenden Kriegsgefangenen keine Fälle dieser Art sich ereignet hätten. Im Gegenteil, es sind nur allzu viele Fälle vorgekommen, wo Kriegsgefangene in Deutschland schwere Verbrechen begangen haben, namentlich Raub, Brandstiftung, Mord usw. Die Nachrichten, die fortgesetzt über die Behandlung namentlich der noch in französischer Hand befindlichen Kriegsgefangenen der deutschen Regierung zugegangen sind, lassen es als unbedingt erforderlich erscheinen, für sie jetzt endlich eine bessere Behandlung durchzuführen. Gerade die Herbeiführung einer Verständigung über die Einzelheiten sollte der Zweck der vorgelegten nennenswerten Verhandlungen sein. Es hätte, wenn sich die feindlichen Regierungen von dem Gehalte der Willkür hätten lassen lassen, selbst

verständlich sein müssen, daß die noch in feindlicher Gefangenschaft zurückgebliebenen Kriegsgefangenen dieselben Vergünstigungen hätten genießen müssen, wie sie den Angehörigen der alliierten und assoziierten Mächte beim Abschluß des Waffenstillstandes in Deutschland zugestanden worden sind. Die deutsche Regierung kann nach diesen Vorgängen durchaus nicht sicher sein, daß die deutschen Kriegsgefangenen bis zu ihrer Heimkehr mit voller Verantwortlichkeit ihres Gefühlslebens und ihres Vermögens behandelt werden.
Die Behauptung der alliierten und assoziierten Regierungen, daß keinerlei Vergleich zwischen der Behandlung der Kriegsgefangenen durch Deutschland einerseits und durch die alliierten und assoziierten Regierungen andererseits möglich sei, ist geradezu unannehmlich. Sie wird widerlegt durch unzählige eidliche Aussagen deutscher Kriegsgefangener, die namentlich in Frankreich das härteste Los zu erdulden haben. Die Welt mag auf Grund dieser Aussagen urteilen, auf welcher Seite das Unrecht zu suchen ist.

Der Völkerverbundsentwurf.

Die Pariser Wälder veröffentlichten einen kurzen Auszug aus dem deutschen Völkerverbundsentwurf und der Antwort der Entente hierauf. Die Form dieser Note ist durchaus verbindlich. Nach dem von den Zeitungen wiedergegebenen Text lautet die Antwort folgendermaßen:
Die Kommission der alliierten und assoziierten Mächte hat mit Interesse den deutschen Völkerverbundsentwurf gelesen und glaubt, daß einzelne seiner Bestimmungen mit vielem Nutzen später verwendet werden können, sobald der Völkerverbund endlich errichtet ist. Die Note nimmt dann mit großer Befriedigung von Deutschlands Zustimmung zur Gründung eines Völkerverbundes Kenntnis. Gegen die einzelnen Punkte werden verschiedene Einwände erhoben. Ein Vermittlungsversuch scheint der Entente nicht wünschenswert. Dagegen scheint ihr die Verhörmassform die beste Alternative darzustellen. Die Kommission bezieht sich schließlich mit Genugtuung die deutsche Bereitschaft abzurufen, und macht darauf aufmerksam, daß der Ententeentwurf, die Vorbereitung der internationalen Verträge vorzubereiten für alle Völkerverbundmitglieder bereits vorliegt.

Gegen Wilson.

Paris, 23. Mai. Der „Abend“ verbreitet nach einem Ausruf aus Lyon ein Schreiben des Mitgliedes der amerikanischen Friedensdelegation Phillips an Wilson, durch welches dieser seinen Austritt aus der Delegation, aus der, wie schon mitgeteilt, neun Mitglieder austraten, kündigt. Er sagt u. a.:
Ungeachtet der Entschlüsse, wie die von Schanar, Fiol, Hagard, Cyprien, Danzig, Zane, haben und die Preisgabe wichtiger Freiheiten ihren unangelegentlich zu neuen Konflikten neuerlicher Heberzeugung nach ist der Völkerverbund viel zu schwach, um diese Kräfte zu verhindern. Daher ist es die Pflicht der Regierung der Vereinigten Staaten, die Unterzeichnung und die Ratifizierung des unangenehmen Vertrages durch Nicht-zustimmung zu dem Völkerverbund und damit eines neuen Zusammengehens mit Frankreich zu vermeiden. Es ist mir sehr bekannt, daß Sie sich selber den meisten der unangenehmen Abmachungen widersetzen, und daß Sie ihnen nur unter dem höchsten Druck beipflichten. Trotzdem geht meine Heberzeugung dahin, daß Sie, wenn Sie den Kampf, anstatt ihn hinter verschlossenen Türen zu kämpfen, offen auszusprechen hätten, die öffentliche Meinung der Welt auf Ihrer Seite gewinnen würde, und diese Sie in die Lage versetzen würde, sich allen Anfeindungen zu widersetzen, mit denen Sie nicht einverstanden gewesen wären.
„Daily Herald“ befaßt sich mit der Frage, was die Vereinigten Staaten auf den von Deutschland an sie gerichteten Appell antworten werden und schreibt: Wenn die Amerikaner ehrlich sind, können sie nur die Antwort geben, welche ihre Delegierten geäußert haben, indem sie,